

Krischer begrüßt Vorstoß, PFAS-Chemikalien zu beschränken – NRW betroffen

# Ministerium spricht von Jahrhundertgiften



Einige PFAS finden unter anderem über Kläranlagen ihren Weg in Flüsse, Seen und Meere. (dpa)

VON DETLEF SCHMALENBERG

**Düsseldorf.** Weit verbreitet, langlebig, potenziell giftig und in der Breite noch gar nicht untersucht: So in etwa könnte man ganz knapp die sogenannten Ewigkeitschemikalien PFAS (gesprochen: Pifas) beschreiben. Die von der Industrie breit genutzten Substanzen werden derzeit intensiv diskutiert, denn sie sollen einem Vorstoß zufolge in der EU weitgehend verboten werden. Dabei geht es Schätzungen zufolge um insgesamt mehr als 10 000 einzelne Stoffe.

Die extrem stabilen Chemikalien, die natürlicherweise nicht vorkommen, können sich in der Umwelt anreichern. Viele mit PFAS – das steht für per- und polyfluorierte Alkylverbindungen – verunreinigte Orte sind nach Einschätzung des Umweltbundesamtes (Uba) noch unbekannt. Nach Medienrecherchen gibt es in der Bundesrepublik mehr als 1500 Orte, an denen derartige Stoffe nachgewiesen werden konnten. Viele davon liegen in NRW, einige auch im Raum Köln.

Er begrüße den Vorstoß der EU zur „Verringerung und Beschränkung der weiteren Verbreitung dieser Chemikalien“, sagte der nordrhein-westfälische Umweltminister Oliver Krischer (Grüne) dem „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Dabei müssen auch mögliche Ersatzstoffe direkt mitbedacht werden, damit von diesen nicht ähnliche Umweltauswirkungen ausgehen.“ Ewigkeitschemikalien wie PFAS seien schließlich „Jahrhundertgifte und reichern sich mit jedem Tag mehr in Gewässern, Böden und im menschlichen Körper an – und können eben nicht abgebaut werden“, so der Minister. In NRW gebe es „regelmäßige Bestandsaufnahmen, um hieraus notwendige Sanierungsmaßnahmen abzuleiten“.

Nach Angaben des NRW-Landesamtes für Natur- und Umweltschutz (Lanuv) nimmt die Zahl der als belastet identifizierten Orte seit Jahren stetig zu. Waren bei der ersten Bestandsaufnahme im Jahr 2011 lediglich 18 Fälle bekannt, so habe sich die Zahl der gemeldeten Belastungen im Boden und Grundwasser bis zum April 2021 auf 132 erhöht. Mehr als zwei Drittel dieser Fälle seien zwar auf „Löschmitteleinsätze“ der Feuerwehr zurückzuführen. Die weit verbreiteten Stoffe würden jedoch auch bei der Produktion von Alltagsgegenständen wie Anoraks, Pfannen und Kosmetik entstehen und seien Teil von Industrieprozessen und technischen Anwendungen. (mit dpa)

Corinna Schwanhold/dpa